

Dr. Jochen Ostheimer, LMU München

Klimaschutz: eine zentrale Aufgabe für eine christlich orientierte Politik

Vortrag bei der Konferenz „Taking into Consideration COP Copenhagen“ organisiert von der Konrad Adenauer Stiftung, am 10.10.2009 in Bukarest,

1. Der Klimawandel: eine Frage der Verantwortung

Die Bibel hält für die sozialetische Diskussion von Klimawandel und Klimaschutz folgenden klimatologischen Ausgangspunkt bereit: Gott lässt seine Sonne über guten wie über bösen Menschen aufgehen, und er lässt es über Gerechte und Ungerechte regnen, so heißt es in der Bergpredigt (Mt 5,45). Das Klima also scheint eine Gegebenheit zu sein, die der Mensch hinzunehmen hat. Ja, das Klima widerfährt dem Menschen schicksalhaft. Genauer: es widerfuhr ihm schicksalhaft.

Der gegenwärtig stattfindende Wandel des Klimas ist durch menschliche Handlungen verursacht: durch die Modernisierung, Industrialisierung, Globalisierung der Gesellschaft. Er kann gerade nicht dem natürlichen Lauf der Dinge zugerechnet werden. Damit wird der anthropogene Klimawandel, werden Sonne und Regen zu einer Frage menschlicher Verantwortung. Denn für die Folgen seines Handelns muss der Mensch die Verantwortung übernehmen.

2. Verantwortung: Schlüsselkategorie des modernen Selbstverständnisses

Was heißt nun Verantwortung? Verantwortung ist eine Schlüsselkategorie unseres modernen Selbstverständnisses, das nach dem Verlust von metaphysisch abgesicherten Kosmologien und dem Fragwürdigwerden neuzeitlicher Fortschrittsutopien in dem Ruf nach Verantwortung Halt sucht. Der Ruf nach Verantwortung ist Zeichen von und Reaktion auf eine tiefgreifende Verunsicherung. Verantwortung bezieht sich auf die Zurechnung von Aufgaben und Kompetenzen sowie der entsprechenden Handlungsfolgen, für die Rechenschaft abzulegen ist. Verantwortung ist sowohl in der Ethik wie im Recht als eine vierstellige Relation zu konkretisieren: Sie ist eine zugeschriebene Zuständigkeit, die (1) bei jemandem liegt, (2) für etwas, (3) gegenüber jemandem und (4) nach Maßgabe bestimmter Kriterien. Bezogen auf den Klimawandel stellt sich folgende verantwortungsethische Frage: Wer haftet für welche Risiken in welchen Zeithorizonten und nach welchen in der internationalen Politik durchsetzbaren Regeln?

Diese eine Frage zeigt bereits, wie schwierig es in den komplexen Beschleunigungsprozessen der Globalisierung wird, den Begriff „Verantwortung“ einzulösen. Denn er benötigt klar abgrenzbare Subjekte und Gegenstandsbereiche sowie allgemein akzeptierte Kriterien. Das Phänomen personaler und institutioneller Verantwortung scheint uns abhanden zu kommen in der Eigendynamik komplexer Systeme und anonymer Wirkungsketten, wie sie die moderne, arbeitsteilige Gesellschaft kennzeichnen.

In einer Umkehrbewegung zeigt sich ein aufkommender Moralismus. Die heterogene und appellative Verwendung der Verantwortungssemantik hat im Alltagsgebrauch zu einer begrifflichen Unschärfe geführt, die es erlaubt, fast jeden für fast alles verantwortlich zu machen. Die Erweiterung der technischen Möglichkeiten ist mit einer Erweiterung der Notwendigkeit verbunden, zu entscheiden und zu verantworten. Eine maß- und grenzenlose Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten führt angesichts der Unübersichtlichkeit und technischen Potenz der modernen Gesellschaft nicht zu einer Optimierung von Freiheit, sondern zu ihrer Überforderung, weil sie sich nicht mehr beherrschen lässt. Hier gerät kulturge-

schichtlich eine neue Grenze der Verantwortung in den Blick: „Was wollen wir können?“ Das ist die neue ethische Leitfrage der Risikogesellschaft.

3. Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche

Der christliche Glaube verhält sich angesichts solcher grundlegender Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht passiv, sondern bezieht in aller Öffentlichkeit und in dialogischer Offenheit Stellung. Die Beziehung des Christentums zur politischen Öffentlichkeit ist in ihrer Geschichte von einer Doppelbewegung geprägt. Zum einen findet man verschiedene Formen der Verbindung von kirchlicher Autorität und politischer Macht. Zum anderen haben solche Verquickungen immer wieder Anlass zur Mahnung gegeben, sich nach innen zu wenden: die individuelle Spiritualität oder das Gemeindeleben zu pflegen. Beide Richtungen verkennen Sinn und Möglichkeit christlichen Engagements in der Gesellschaft. Der christliche Glaube¹ versteht sich nicht als Privatsache des Einzelnen in seinem Verhältnis zu Gott, sondern auch als Ermöglichung und Auftrag, sich solidarisch und befreiend den Mitmenschen zuzuwenden. Eben dies drückt das für den christlichen Glauben konstitutive Doppelgebot der Liebe aus: Gott mit ganzem Herzen lieben und den Nächsten wie sich selbst (Lk 10,27).

Christliche Spiritualität zielt nicht primär auf Selbstvervollkommnung in einer individualisierenden Mystik, sondern auf Befähigung zu Verantwortung, um Gott im Dienst am Nächsten zu begegnen (Mt 25,31-46). Der christliche Glaube hat einen Öffentlichkeitsauftrag. Er soll, wie es in der Bergpredigt heißt, „das Licht der Welt“ sein. Und es heißt dort weiter: „Man zündet auch nicht ein Licht an und stülpt ein Gefäß darüber, sondern man stellt es auf den Leuchter; dann leuchtet es allen im Haus.“ (Mt 5,14f) Die Reich-Gottes-Verkündigung ist immer zugleich Hoffnung und Handlungsauftrag zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, wie man bereits an den Zehn Geboten sehen kann. Sie halten den Einzelnen dazu an, in seiner von Gott geschenkten Freiheit das soziale Band zu bewahren. Christen, so lässt sich dies zusammenfassen, sind aufgerufen, an einer gerechten, an einer klimagerechten Gesellschaft mitzuarbeiten.

4. Verantwortung für den Klimaschutz aus Sicht des christlichen Glaubens

4.1 Zur Begründung einer Verantwortung für den Klimaschutz

Wenn nach der Essenz des christlichen Glaubens gefragt wird, dann wird meist auf das Doppelgebot der Gottes- und der Nächstenliebe verwiesen, nicht aber auf Umweltschutz. Dieser gilt als eine Aufgabe für Umweltaktivisten etwa von Greenpeace, für Wirtschaftsunternehmen, die mit energiesparenden Produkten einen neuen Markt erschließen wollen, für den Einzelnen, der ökologisch bewusst einkaufen und leben soll, oder eben auch für Politiker, die das Gemeinwesen klug leiten sollen. Warum also sollte man als Christ Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen?

Ich will nur drei Gründe nennen:

1. Die Erde ist allen Menschen anvertraut und geschenkt. Daher muss sie so bewahrt werden, dass sie auch weiterhin allen ein „Lebenshaus“ sein kann (schöpfungstheologisch).¹
2. Die gemeinsame Gotteskindschaft aller Menschen begründet eine universale Solidarität. Diese kann angesichts des Klimawandels, der in besonderem Maße die Armen weltweit bedroht, konkretisiert werden: durch die Option für die Armen. Das Engagement der Kirche hat stets die besonderen Interessen und Bedürfnisse

¹ Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um eine Sichtweise der deutschsprachigen Theologie, was angesichts der Vielfalt an konfessionellen und nationalen Traditionen im Christentum berücksichtigt werden muss.

der Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, in den Mittelpunkt zu stellen. Auf das Thema der Klimagerechtigkeit bezogen, verlangt die Option für die Armen einen nachhaltigen Schutz ihrer Lebensräume (theologisch-anthropologisch, befreiungstheologisch-solidarisch).

3. Über Solidarappelle hinaus wird durch den Klimawandel der ethische Grundsatz der Gerechtigkeit verletzt (rechtsethisch).

An diese drei Motive kann eine christlich orientierte Umwelt- und Klimapolitik anknüpfen. Umweltschutz, das ist im Nachhaltigkeitsdiskurs der letzten 20 Jahre immer deutlicher herausgearbeitet worden, stellt weder ein nachgeordnetes Problem dar, das man so lange aufschieben kann, bis die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erledigt sind. Noch handelt es sich um eine rein technische Angelegenheit; vielmehr sind grundlegende kulturelle Aspekte berührt. Eine nachhaltige, also umweltgerechte und zukunftsfähige Entwicklung in ihren vielen Dimensionen ist eine Querschnittsaufgabe, die alle betrifft und die alle Politikfelder berührt. Die Bewahrung der Schöpfung hängt aufs engste mit Gerechtigkeit und Frieden zusammen. Mit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind drei wesentliche Aspekte des Gemeinwohls angesprochen; und die Sorge um das Gemeinwohl ist die Kernaufgabe von Politik. Dies gilt auch mit Blick auf den Klimawandel, der das globale Gemeinwohl berührt.

4.2 Politischer Pragmatismus und universale Solidarität

Die Weltgemeinschaft hat sich bereits mehr oder weniger klar darauf verständigt, dass bis zum Jahr 2100 die durchschnittliche globale bodennahe Temperatur um nicht mehr als 2°C gegenüber der vorindustriellen Ära ansteigen soll. Die bisherige Erwärmung beträgt bereits ca. 1,4°C. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Nicholas Stern, hat in seiner für die britische Regierung erstellten Studie *The economics of climate change* (Okt. 2006) die Folgekosten des Klimawandels auf 5–20 % des globalen Bruttosozialproduktes geschätzt. Das wären bis zu 5,5 Bio. US-Dollar im Jahr. Bei raschem Handeln jedoch können die Folgen mit vergleichbar geringem Aufwand bewältigt werden (Studie 2008: 2 % des globalen BSP, ca. 600 Mio \$; Studie 2006: 1 % des globalen BSP, ca. 300 Mrd. \$/Jahr).

Eine Politik, die an einem kollektiven und dauerhaften Gemeinwohl ausgerichtet ist, müsste folglich bereits aus ökonomischen Gründen an einem aktiven und rasch wirkenden Klimaschutz interessiert sein. Ergänzt wird eine solche pragmatische Sicht durch die vorhin genannte christliche Perspektive der universalen Solidarität. Die *eine* Welt, die Gott allen Menschen anvertraut hat, wird durch den Klimawandel in ihrer ökologischen und damit auch in ihrer sozialen Stabilität erheblich gefährdet. Der Klimawandel ist ein eindringlicher Appell an die Solidarität mit den Schwächeren im gemeinsamen Lebenshaus Erde – und aus einer europäischen Perspektive zählt die große Mehrheit der Weltbevölkerung zu den Schwächeren.

4.3 Gerechtigkeitskonflikte im Klimawandel

Der Klimawandel mit seinen drastischen Folgen überschreitet aber die bloße Solidarität als moralisches Surplus. Er ist eine Frage der Gerechtigkeit und muss daher auch rechtsethisch angegangen werden. Es geht dann um Pflichten und nicht um freiwillige Leistungen. Vor allem drei Gerechtigkeitskonflikte müssen international geklärt werden und werden sicherlich auch auf der Konferenz von Kopenhagen ein Thema sein. ³

Erstens besteht eine Divergenz zwischen den Hauptverursachern und den Hauptleidtragenden. Der Anstieg der Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre und damit der weltweiten Temperatur ist maßgeblich durch die Industrialisierung verursacht, die lange Zeit auf Europa, Nordamerika, Australien und Japan beschränkt war und sich erst allmählich weltweit ausgebreitet hat. Besonders betroffen vom Klimawandel aber werden die südlichen Länder sein. Verantwortungsethisch bilden die Bewohner der nördlichen Hemisphäre so etwas wie eine Solidargemeinschaft. Sie können nicht nur die ererbten Vorteile genießen, sondern müssen aus Gerechtigkeitsgründen auch für die Folgelasten Verantwortung

übernehmen. In diesem Sinn sagte unlängst auch Yvo de Boer, Generalsekretär der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), dass es eine der Hauptfragen für die Konferenz von Kopenhagen sei, wie stark die Industrieländer sowie die größeren Schwellenländer bereit seien, ihre Treibhausgasemissionen zu verringern. Das Verursacherprinzip muss des Weiteren auch in der zeitlichen Dimension, d.h. mit Blick auf die zukünftigen Generationen in Anschlag gebracht werden. Denn wenn die Lebens- und Wohlstandschancen künftiger Menschen durch die heutigen Lebens- und Wirtschaftsweisen beeinträchtigt werden, dann ist dies ein Verstoß gegen die intergenerationelle Gerechtigkeit.

Ein zweiter Gerechtigkeitskonflikt dreht sich um einen angemessenen Ausgleich der Vor- und Nachteile, die der Klimawandel mit sich bringt. Es werden sich beispielsweise die Vegetationszonen verändern, was Auswirkungen auf die Landwirtschaft hat. Grob betrachtet wird Nordeuropa vom Klimawandel profitieren, Südeuropa und Nordafrika werden durch Trockenheit Einbußen erleiden. Die Regionen in Südamerika, Afrika und Asien, deren Klima und Vegetation von Regenzeiten geprägt sind, müssen sich auf starke Schwankungen einstellen; auch dies wird die landwirtschaftlichen Erträge verringern. Ein näherliegendes Beispiel: Durch das Abschmelzen der Alpengletscher und Veränderungen im Niederschlag wird der Wasserstand der Donau zukünftig stärker schwanken und v.a. im Sommer niedriger sein: Welchem Anrainerstaat stehen welche Nutzungsrechte zu? Wie sind die Ansprüche etwa zwischen Trinkwassergewinnung, Schifffahrt, Landwirtschaft, Fischerei, Energieerzeugung, Tourismus, Umweltschutz abzuwägen und auszubalancieren?

Ein dritter Gerechtigkeitskonflikt betrifft die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen. Wer soll die Kosten tragen? Ecuador bietet beispielsweise an, auf die Erschließung der Erdölvorkommen im Yasuní-Nationalpark zu verzichten, wenn die Weltgemeinschaft die Hälfte der zu erwartenden Erlöse gegenfinanziert (ca. 350 Mio. \$/Jahr für 30 Jahre). Ein anderes Beispiel ist der allmählich einsetzende Handel mit CO₂-Emissionsrechten. Jedes Land und jeder Wirtschaftszweig sieht darin ungünstige Beschränkungen und kämpft verständlicherweise um Ausnahmeregelungen. Doch genau dadurch geht der Sinn des gesamten Konzepts verloren, nämlich Wirtschaft und Gesellschaft marktwirtschaftlich konform in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz umzusteuern. Gerecht ist der sich dann in neuer Weise entfaltende Wettbewerb um Effizienz und Sparsamkeit tatsächlich nur, wenn überall dieselben Regeln gelten.

Daher stehen alle Länder in der Verantwortung, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Hierfür einen gerechten Maßstab zu entwickeln, ist sicherlich eine Herkulesaufgabe. Doch es gibt bereits gute Ansätze, nämlich der Vorschlag eines pro Kopf berechneten gleichen Rechts auf CO₂-Emissionen (globaler Egalitarismus). Zudem ist es für alle Länder am kostspieligsten, wenn sie die Zeit mit Verzögerungen vergeuden. Je schneller eine globale Korrektur erreicht wird, um so günstiger wird es für alle Beteiligten.

Die christliche Frohe Botschaft kann und will hier nicht die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus ihrer Verantwortung für eine zukunftsfähige und global gerechte Klimaordnung entlassen. Freilich vermag der christliche Glaube auch keine besseren Vorschläge zu erarbeiten als die Fachexperten. Doch er zieht sich deswegen nicht in die Ecke privater Frömmigkeit zurück, sondern formuliert Ansprüche, die sich an dem Auftrag ausrichten, den die Menschen von Gott bekommen haben, als er ihnen die Erde anvertraute: dass sie dieses Geschenk hüten und sorgsam bewahren. ⁴